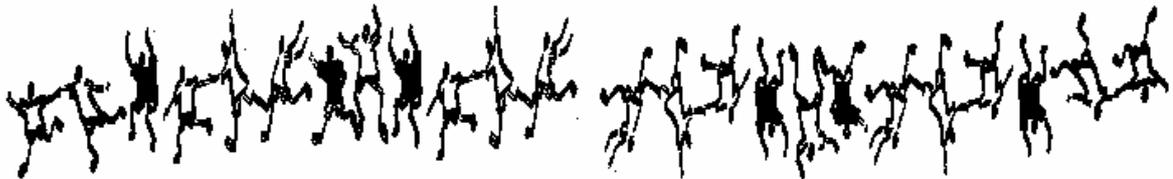




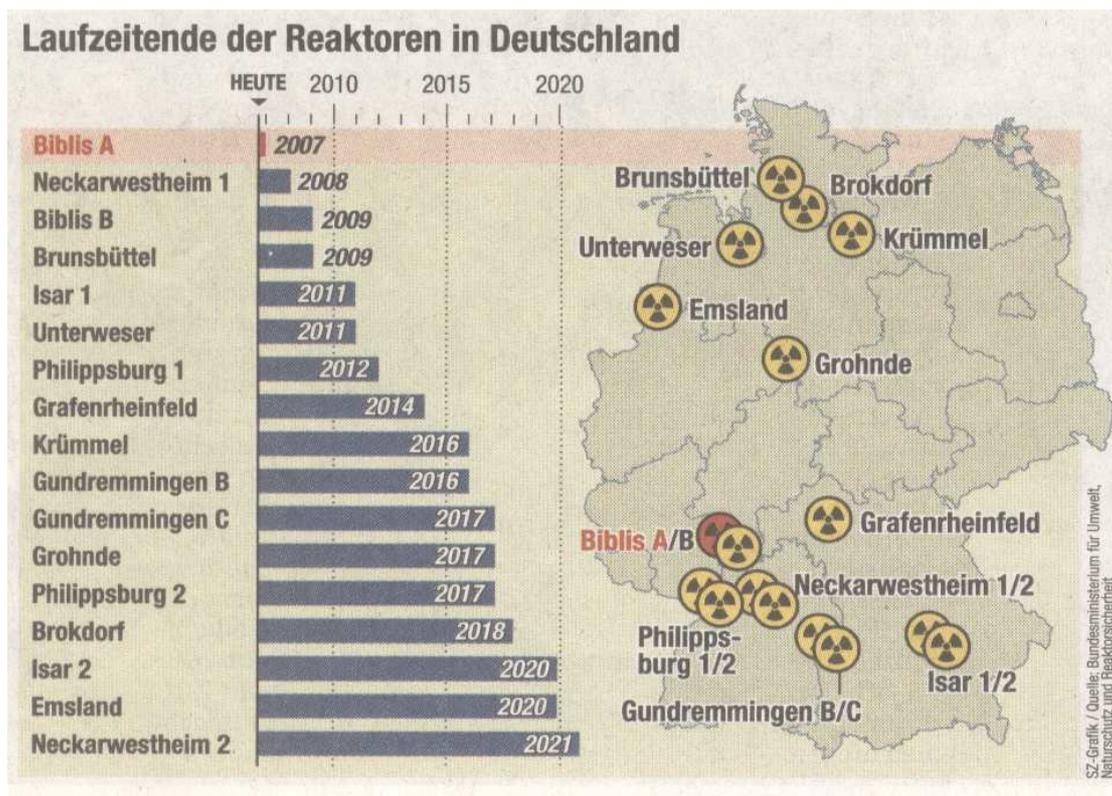
BRENNESSEL

Informationen zum Umweltschutz im
Landkreis Hameln-Pyrmont

Juli 2007



Atomenergie
ist keine Lösung des Klimaproblems
eine nüchterne Bestandsaufnahme



Liebe Freunde der Erde in Hameln-Pyrmont,

wussten Sie, dass die Gemeinde Emmerthal vom Kernkraftwerk Grohne keine Gewerbesteuerzahlungen erhält obwohl der Stromumsatz jährlich ca. 400 Millionen Euro beträgt?

Es befindet sich damit in „guter“ Gesellschaft mit der E.ON-Tochter Enertec. Auch die Betreiber der Müllverbrennungsanlage in Hameln haben nach eigenen Angaben bereits seit Jahren keine Gewerbesteuer mehr bezahlt.

Gemeinsam haben die beiden aber auch, dass sie unsere unmittelbare Umwelt durchaus mit problematischen Rauchgasen (radioaktive Niedrigstrahlung) ganz legal belasten. Und auch die Atomkraft ist nicht so sauber wie sie sich vermehrt und in großflächigen Anzeigen darstellt.



(hier ein Ausschnitt aus einer **halbseitigen** (!) Anzeige in der HAZ vom 3.7.07)

Mit diesem Sonderheft der Brennessel wollen wir uns mit den Argumenten zur Kernenergie auseinandersetzen.

Wer weitere Informationen sucht kann sich natürlich auch im Natur- und Umweltschutzzentrum in Hameln (www.nuz-hameln.de) melden.

Die Alternative zur Kernkraft sind die erneuerbaren Energien. Der BUND Hameln-Pyrmont hat eine aktive Arbeitsgruppe, die sich mit allen Themen rund um den Klimawandel und den Erfordernissen auf lokaler Ebene beschäftigt.

Wer Interesse hat, kann gerne zu unseren Treffen kommen oder aber sich in der Verteiler unserer Hamelner-Klimaschutzinfos eintragen lassen.

Hierzu reicht eine Mail an:

bund.hameln-pyrmont@bund.net

Mit umweltfreundlichen Grüßen

Franz Schneider

+

Ralf Hermes

V.i.S.d.P. BUND Kreisgruppe Hameln-Pyrmont, Berliner Platz 4, 31785 Hameln

Was uns zu dieser Übersicht veranlasst

- Der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der CDU setzt auf **Atomkraft**.

Grundsätze für Deutschland.

Die CDU diskutiert über ihr Grundsatzprogramm.
Reden Sie mit



CDU

- Der politische Druck aus den Klimaschutzziele
lässt manchen die Atomenergie wieder interessant erscheinen.



- Die Konsumenten vermuten im Atomstrom einen für sie günstigen Energiepreis.

Was aber stimmt wirklich?

Hier wollen wir kurz und auf folgende **aktuelle** Fragen eingehen:

1. Wie sehen es **die Politiker der G 8 - Staaten, der EU, von Deutschland?**
2. Wie ist die **psychologische Situation?**
3. Was meinen **die Wissenschaftler?**
4. Was hat die Atomenergie mit der **Gesundheit unserer Gesellschaft zu tun?**
5. Wo liegen die **wirtschaftlichen Interessen?**
6. was meint der **Natur-, Klima- und Umweltschutz** dazu?
7. **es geht auch anders:** beispielhafte Gemeinden **ohne** Atomstrom

1. Wie sehen es die Politiker?

Beim G8-Gipfel im Juli 2006 in Sankt Petersburg drohte ein ungetrübtes Bekenntnis der Mitgliedsstaaten zum Atomstrom. Eine diplomatische Erklärung hat verhindert, dass die deutschen Politiker, allen voran die Bundeskanzlerin Merkel, zuhause ein Problem bekommen hätten. Sie konnten damit leben, ebenso die SPD, aber auch die alten und neuen Atomfreunde Putin, Bush, Chirac und Blair. Gleichwohl ist das nicht die Wahrheit und auch nicht die Klarheit. Vielmehr droht die Stimmung zugunsten der Atomkraft zu kippen. (Quelle: Die ZEIT vom 13. Juli 2006)

Das G8 - Dokument des Gipfels im Juni 2007 enthält immerhin kein Plädoyer für die Atomkraft. Allerdings erklären einige Länder darin, ihre Atomenergie als wichtigen Beitrag zur Energiesicherheit und zum Klimaschutz behalten zu wollen.

Unsicher zeigt sich auch der **Entwurf des neuen Grundsatzprogrammes der CDU**. Dieses meint, „auf absehbare Zeit“ nicht auf Kernkraft verzichten zu können. Damit wird der Ausstieg aus dem von SPD und Grünen beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie angekündigt. Zwar gibt es Widerstand in den eigenen Reihen wie . B. vom CDU - Präsidiumsmitglied **Friedbert Pflüger**. Der weist mit Recht darauf hin, dass die Industrie ihre Innovationskraft jetzt einsetzen soll, um neue und klima-freundliche Energiequellen zu erschließen und damit auch Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung zu geben. Zudem sieht auch er die Problembereiche der Kernkraft deutlich. (Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 5. / 6. Mai 07 - siehe Anhang)

In Deutschland kommt es also bald zum „Rütli-schwur“, zumal die EU ihre Vorstellungen und der UN zur Klimaproblematik eine wichtige Rolle spielen werden. Die Energiewirtschaft wirkt nervös und versucht, ihre AKW's mit Hilfe der Gerichte länger am Netz halten zu können. Diese Unsicherheit der Atom-industrie zeigte sich jetzt auch vor und beim Klimagipfel Anfang Juli 07 in Berlin. Die Industrie mauerte und maulte, z. B. gegen das Ergebnis der vorliegenden Studie, welche den Atomausstieg auch mit ehrgeizigen Klima- zielen als vereinbar zeigte (Quelle: Südd. Zeitung vom 5.6.07 und Die ZEIT vom 5.7.07).



Zudem sind die **Zeiten billigen Energienachschubs** endgültig vorbei. Und die Schwellenländer wie z. B. China und Indien machen den alten Industrieländern Konkurrenz beim Kampf ums Öl und Gas. Das hat die Preise in die Höhe getrieben und alte Ängste geweckt, sowohl bei den Politikern als auch in der Bevölkerung. Der Klimawandel trägt nicht zur Beruhigung und Besinnung bei, obwohl oder gerade weil immer deutlicher wird, dass der jahrzehntelange ungebremste Ausstoß von Kohlenstoff jetzt seinen (auch wirtschaftlichen) Tribut fordert.

Das allseits begrüßte stärkere Wirtschaftswachstum sorgt erst mal für mehr Emissionen. Deshalb auf den Ausbau der angeblich so „sauberen“ Kernenergie zu setzen, wäre eine kurzsichtige Entscheidung, denn langfristig kommen wir an den dringend notwendigen erneuerbaren Energien und an der Energieeffizienz nicht vorbei. Dazu gehört auch Tempolimit und Normen für den Stand-by-Verbrauch und der Ausbau der Kraft- Wärme-Kopplung. (aus Die ZEIT vom 4.1.07)

2. Die emotionale Situation

„Von der Angst verstrahlt“ titelte Die ZEIT am 20. April 06 zum 20. Jahrestag des Unglücks von Tschernobyl. In dem Beitrag (aus dem wir in der Folge zitieren) geht der ZEIT - Redakteur Gero von Randow der Geschichte der **Anti - Atomkraft - Bewegung** nach und ortet sie in der Zeit, als auch die Raketenangst die Bevölkerung beschäftigte.

Die damalige Bundesregierung hätte auf das Unglück mit der Logik des Kalten Krieges reagiert: „östliche Meiler schlecht - westliche gut!“ Dabei sei eine Kernschmelze auch hierzulande möglich. Viele Jahre habe es gedauert, bis hierzulande die Atomindustrie per Gesetz dazu verpflichtet werden konnte, für einen solchen Fall Vorkehrungen zu treffen.

Das Unglück von Tschernobyl habe zur Erosion des Vertrauens in die Wissenschaft beigetragen - und des Vertrauens in die Technik, zumal die Atomindustrie den sicherheitstechnischen Standard bis heute nicht an die heutigen Erfordernisse angepasst habe.

Energiefragen sind eben Machtfragen, schreibt Gero von Randow. Das zeige sich auch am Atomwaffensperrvertrag, der brüchig geworden sei.

Wegen ihrer zivilen und militärischen Risiken bedürfe die Kernenergie eines strengen und transparenten Kontrollregimes. Vielerorts sei dieses unzureichend. Die Lagerbildung in pro und contra, in Freund und Feind der Kernenergie schaffe keine guten Voraussetzungen für eine gute Sicherheitskultur.



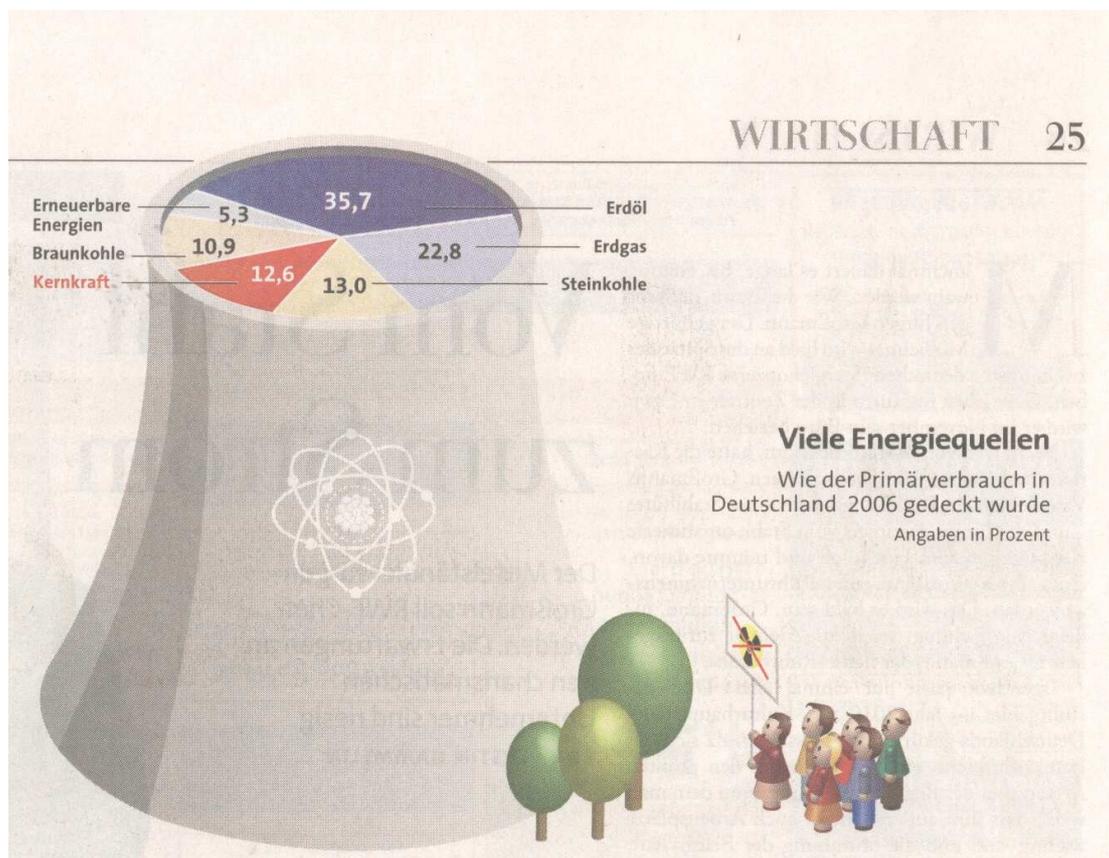
Klaus Traube (* 1928) war als Atommanager u. a. verantwortlich für Entwicklung und Bau des Schnellen Brütters in Kalkar. Seit 1976 übt der promovierte Ingenieur Kritik an der Kernkraft und macht in einem Interview in der Zeitschrift „Innovate“ 2 / 07 deren hohes Sicherheitsrisiko deutlich (das ganze Interview kann in unserem Natur- und Umweltschutzzentrum abgerufen werden). So weist er z. B. darauf hin, dass nach dem Unglück von Tschernobyl 150 000 Menschen im Umkreis von 60 km evakuiert werden mussten. Bei uns in Deutschland wären es **bis zu 2 Millionen!!!**

Bis Mitte der 80er Jahre habe der Staat mit einem ungeheureren Aufwand die Kernenergie gepusht. Selbst unter der rot - grünen Regierung seien staatliche Mittel in die Kernenergie gesteckt worden. Auch heute seien diese Geldsummen immer noch höher als die staatlichen Fördergelder für die Entwicklung Erneuerbarer Energien und effizienterer Technologien zur Energieeinsparung. Der Atomstrom decke weltweit gerade mal 2 ½ % des Energiebedarfs der Menschheit. Die Bedrohung durch Atomrisiken sei demgegenüber wesentlich höher. Traube bezeichnet in diesem Zusammenhang den Terrorismus als eine in der Öffentlichkeit kaum beachtete Spielart der Gefahren der Atomenergie. (Quelle: Zeitschrift „Innovate“ Nr. 2 / 07)

3. Die Beurteilung der Kernkraft durch die Wissenschaft

Britische Experten, Fachleute des Rates für nachhaltige Entwicklung und Berater der britischen Regierung (SDC) kommen zu dem Schluss, dass eine Verdoppelung der Nuklearanlagen bis zum Jahr 2035 den CO² - Ausstoß nur um ca. 8 % senken würde. Bis zum Jahr 2010 sei sogar keinerlei Effekt zu erwarten. Das Gremium warnt davor, in der Kernenergie eine einfache Lösung des Klimaproblems und der Energiekrise zu sehen. Das SDC listet auch **die Nachteile** der Kernenergie auf, welche ihre Wirtschaftlichkeit deutlich reduzieren würden wie z. B. die **zentralen Energieversorgungsnetze**, welche nicht flexibel reagieren können oder niedrige Sicherheitsstandards in anderen Ländern, die nicht auszuschließen seien, solange man selbst Kernenergie betreibt. (Süddeutsche Zeitung vom 8.3.06)

Auch der **Energieforscher Eberhard Jochem** warnt in einem Interview mit der ZEIT (erschienen am 1. März 2007), in der Kernkraft die Lösung des Klimaproblems zu sehen. Die Kernkraft decke weltweit lediglich 17 % des **Strombedarfs**, wobei Strom wiederum nur 20 % des gesamten **Energiebedarfs** ausmache. Zudem warnt Jochem vor dem riesigen Aufwand, um Länder von der militärischen Nutzung der Nuklear-Technologie abzuhalten, was erhebliche öffentliche Gelder binde und nicht gerade zum Wohlstand der Gesellschaft beitrage. Jochem hält die Einsparpotentiale bei der Energienutzung für immens. Er kritisiert zu Recht, dass über das Energieangebot mehr diskutiert werde als über die Verluste im Energiesystem. Das sei eine Werteentscheidung des Volkes.



aus Die ZEIT vom 1. März 2007

4. Was hat Atomenergie mit der Gesundheit unserer Gesellschaft zu tun?



Süddeutsche Zeitung vom 7. 4. 2006

In einer großflächigen Anzeige in der Süddeutschen Zeitung vom 26.4. 2007 warnen nicht weniger als 2 086 Ärzte und Ärztinnen der Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW) <http://www.ippnw.de/>) vor dem Ausbau weiterer Atomkraftwerke und beschreiben ihre Gründe.



Auch die Organisation DAVID GEGEN GOLIATH e. V. www.davidgegengoliath.de beschreibt in einer weiteren Anzeige den Irrweg der Atomkraft und macht alternative Vorschläge zur Verhütung der drohenden Klimakatastrophe.

Bereits aus Anlass des 20. Jahrestages dieser Katastrophe von Tschernobyl haben wir im letzten Jahr eine ausführliche Dokumentation und Präsentation zusammengestellt. Sie kann jederzeit kostenlos bei uns angefordert werden.

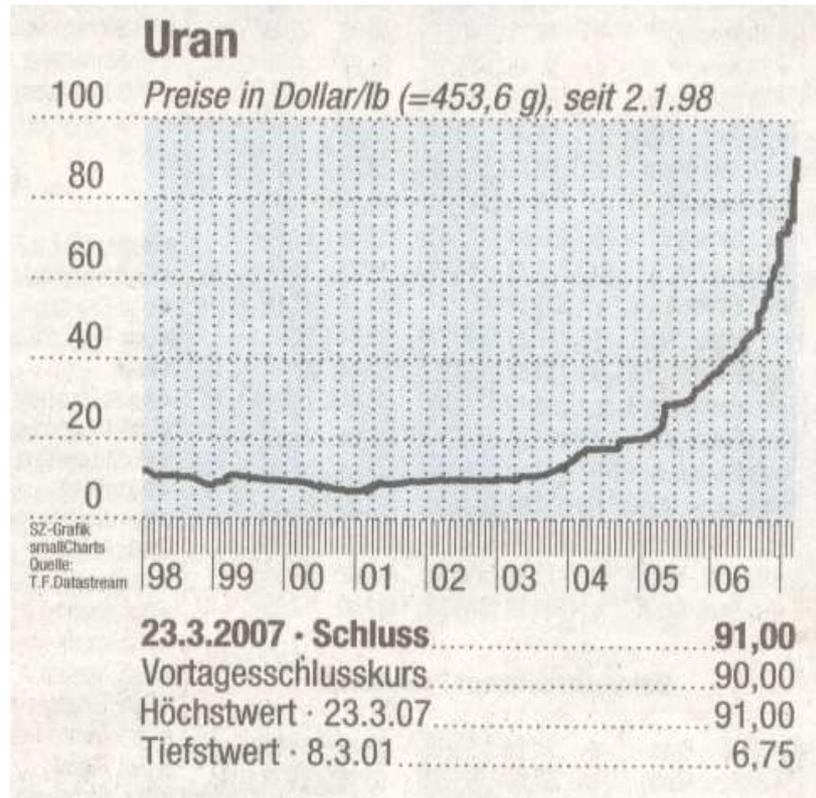


Aber es geht auch um gesunde gesellschaftliche Rahmenbedingungen, in der Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wachsen können. Dazu gehört, mit dem Risiko für die Gesundheit der Bevölkerung offener und objektiver umzugehen. Das aktuelle Beispiel des Brandes im AKW Krümmel zeigt, wie der Betreiber Informationen zurück gehalten hat. Aber auch die Kieler Behörden halten Informationen zurück, wenn sie eine Verbindung zwischen Krümmel und Brunsbüttel zwar für möglich halten, aber diese dann nicht bestätigen. (Süddeutsche Zeitung vom 5.7.07)

5. Wie sind die wirtschaftlichen Interessen?

Hier wollen wir **am Beispiel des für die Atomkraft notwendigen Rohstoffs Uran** die Problematik der wirtschaftlichen Interessen verdeutlichen.

Hier die Entwicklung des **Aktienwerte für Uran** seit dem Jahre 1998, also in den vergangenen 10 Jahren.



Weit mehr als 100 Kernkraftwerke sollen in den nächsten 10 bis 15 Jahren weltweit entstehen. Allein China will bis zu 40 neue bauen; Indien plant 31 Reaktoren, Russland geht von 25 neuen Anlagen aus. Alle diese Länder wollen sich vom knapper werdenden Erdöl unabhängig machen. Gut 445 Reaktoren in 31 Ländern sind derzeit am Netz. Zusammen decken sie 16 % des weltweiten Energiebedarfs.

Klar, dass sich angesichts der steigenden Nachfrage und der Knappheit des Rohstoffes Uran der Preis im vergangenen Jahr mehr als verdreifacht hat. Hauptlieferanten sind die Staaten der früheren Sowjetunion, an erster Stelle Russland. Diese Staaten haben jedoch bereits angekündigt, dass sie die Abgabe an Uran in den nächsten Jahren drosseln und dann ganz einstellen wollen, weil sie das Uran selbst benötigen. Die Minenindustrie investiert zwar massiv in neue Bergwerke, doch wegen der aufwändigen Erschließung und den langwierigen Genehmigungsverfahren kann es Jahrzehnte dauern, bis diese tatsächlich in Produktion gehen. Die nachgewiesenen Reserven für Uran reichen gerade mal bis zum Jahr 2050. Dazu kommen die erheblichen Umweltbelastungen beim Tagebau in dem aufstrebenden Produzenten Namibia / Afrika: es werden dort riesige Mengen Wasser verbraucht, Wasser, das dort dringend für die Felder gebraucht würde.

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 27. März 2007

6. was meint der Natur-, Klima- und Umweltschutz dazu?

Dazu dieser beispielhafte Artikel aus der Süddeutschen Zeitung vom 23. 3. 2007

Kohlenstoff sparen ohne Kernkraft

Umweltschützer: Klimaschutz und Atomausstieg sind vereinbar

So wie Andree Böhling es darstellt, reagiert Greenpeace auf eine Herausforderung durch die Bundeskanzlerin. Angela Merkel habe vor einiger Zeit polemisch verlangt, es solle ihr mal jemand vorrechnen, wie die Ziele des Klimaschutzes mit dem Atomausstieg zu vereinbaren seien. Böhling, Energiefachmann der Umweltschutzorganisation, hat darum am Donnerstag in Berlin eine Studie vorgestellt, die er „Plan B“ nennt und als „nationales Energiekonzept bis 2020“ bezeichnet. Im Auftrag von Greenpeace rechnet darin die Aachener Beratungsfirma EUTech vor, wie Deutschland in 13 Jahren bei weiterem Wirtschaftswachstum den Ausstoß der Treibhausgase um 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren und trotzdem 2015 aus der Kernkraft aussteigen könnte – acht Jahre früher als zurzeit geplant.

Drei Faktoren seien dafür entscheidend, sagt Böhling. Erstens sollen die erneuerbaren Energieformen so ausgebaut werden, dass sie 2020 ein Drittel des Stroms und ein Fünftel der Heizungswärme liefern. Zweitens könne die konsequente Nutzung energiesparender Technik den Stromverbrauch gegenüber 2004 um 15 Prozent und den Bedarf für Wärme und Verkehr um 11 Prozent senken. Drittens solle das Energienetz stärker die sogenannte Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) nutzen: Eher kleine, dezentrale Anlagen erzeugen Strom und speisen ihn ins Netz; die umliegenden Wohnungen und Büros werden mit der entstehenden Abwärme geheizt.

„Diesen Faktor habe ich am Anfang auch unterschätzt“, sagt Böhling. „Aber in der KWK wirkt die Energie praktisch doppelt.“ So kann trotz der Energieeinsparungen von bis zu 15 Prozent die Menge der verbrannten Energieträger Kohle, Erdöl und Gas um etwa 30 Prozent abnehmen. Damit lässt sich das Reduktionsziel bei den Treibhausgasen erreichen, weil Deutschland im Jahr 2004 schon deutlich weniger Treibhausgase ausgestoßen hat als 1990. Der kombinierte Effekt des Energiesparens und der KWK erlaube es auch, bereits 2015 auf Strom aus Kernkraftwerken zu verzichten.

Den Greenpeace-Vorschlägen zufolge sind etliche Gesetzesänderungen nötig, um die Klimaziele zu erreichen. Niemand solle auf Auto oder Flugreise verzichten müssen, sagt Böhling, nur für die Industrie würden schrittweise Vorschriften eingeführt, effizientere Geräte zu bauen oder bei der Produktion einzusetzen. Über den Preis der Umstellung steht jedoch nichts im „Plan B“: Nach Böhlings Worten dürfte das Umsteuern, wie andere Studien gezeigt hätten, den Strom bis 2020 um weniger als einen Cent pro Kilowattstunde verteuern. Danach aber wären erneuerbare Energien konkurrenzfähig.

CHRISTOPHER SCHRADER

Nicht zuletzt wollen wir das Problem Endlagerung nicht unerwähnt lassen:

Das Atommüllendlager Asse II bei Wolfenbüttel soll nach dem Willen der Betreiber wartungsfrei geschlossen werden und das ehemalige Salzbergwerk soll mit Salzstaub und Beton verfüllt und anschließend mit einer Magnesiumchloridlösung geflutet werden. Zuständig ist das Bundesministerium für Forschung (und **nicht** das Umweltministerium!). Kritiker warnen vor einem kontaminierten Grundwasser.

In dem Bergwerk wurde von 1967 bis 1978 Atommüll eingelagert, insgesamt 126 000 Fässer. Grosse Teile des Bergwerks sind inzwischen mit Salz verfüllt und nicht mehr zugänglich. Die vom Salz eingeschlossenen Stoffe werden über 10000de von Jahren weiter strahlen.

Die juristisch / politische Frage stellt sich immer mehr und deutlicher, ob die Belange der Bevölkerung und des Natur- und Umweltschutzes genügend berücksichtigt wurden bei dem bisherigen atomrechtlichen Verfahren.

Inzwischen hat sich eine „Aktion Atommüllfreie Asse“ (AAA) gebildet aus bereits bestehenden Initiativen und aus unabhängigen Bürgern aus Wolfenbüttel (www.aaa-wf.de).

Die Grünen im Landtag Hannover haben Strafanzeige gegen Umweltminister Hans - Heinrich Sander (FDP) und gegen die Betreiber des ehemaligen Versuchsendlagers gestellt. Der Vorwurf: unerlaubter Umgang mit radioaktiven Stoffen. „Das Endlager Asse wird ohne atomrechtliche Genehmigung betrieben und soll auch nicht nach dem Atomrecht stillgelegt werden“ kritisiert der Grünen - Fraktionsvorsitzende Stefan Wenzel.

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) vom 6.7.07 kommentiert dies mit dem wohl berechtigten Hinweis, dass das frühere DDR - Endlager Morsleben auch nach dem Atomrecht dicht gemacht wurde und die Beteiligung der betroffenen Anwohner mehr als berechtigt sei.

Damit wird deutlich: das Problem Endlagerung des Atommülls ist nicht geklärt - und noch viel weniger gelöst!



**Stellt euch vor, ihr
müsstet seinen
Müll bewachen**

7. Es geht auch anders!

Güssing im Burgenland (Österreich)

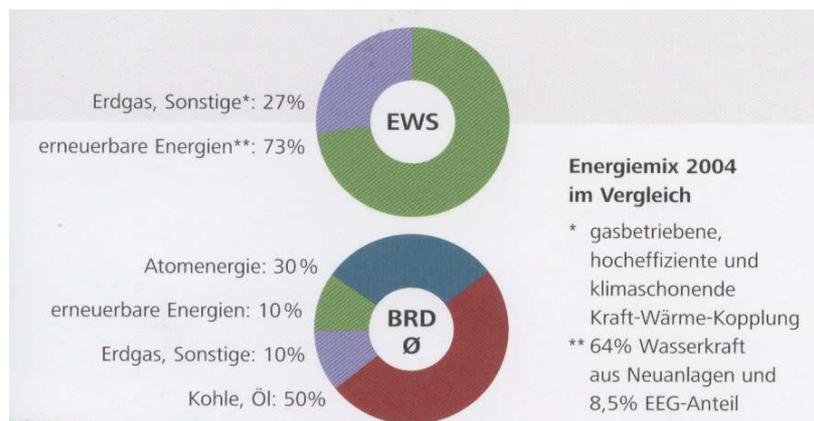
<http://www.eee-info.net/deutsch.php?bereich=modell>

ist **europaweit** eine der ersten Gemeinden, die sich selbst mit Energie versorgt und zu 100 % aus der fossilen Energieversorgung ausgestiegen ist.

Jühnde (bei Göttingen) ist das **erste Dorf in Deutschland**, das sich selbst mit Energie versorgt

http://www.bioenergiesdorf.de/con/cms/front_content.php?idcat=13

Aber es werden immer mehr Gemeinden: nicht weniger als 36 Gemeinden aus dem **Naturpark Südschwarzwald** (www.naturpark-suedschwarzwald.de) haben ihre Energiegewinnung selbst in die Hand genommen und den eigenen Wirtschaftsstandort damit gestärkt. 7 davon waren besonders beispielhaft im Umgang mit regenerativen Energien. Besonders vorbildlich ist die **Gemeinde Schönau**, die es mit viel Zivilcourage geschafft hat, atomfreien Strom nicht nur zur Verfügung zu haben, sondern auch deutschlandweit anzubieten.

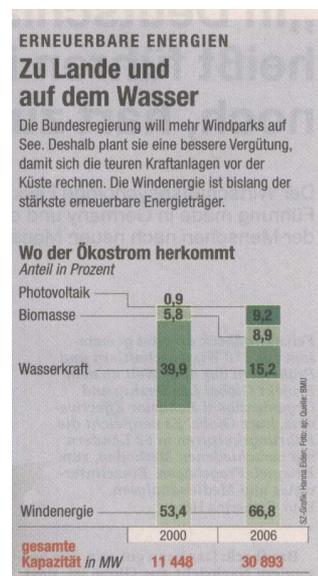


Der Energiemix der EWS = Elektrizitätswerke Schönau im Vergleich zum Energiemix Deutschland

Aber es tut sich etwas auch im übrigen Deutschland wie die nebenstehende Grafik aus der Süddeutschen Zeitung vom 6.7. 07 zeigt:

die Kapazität des Ökostromes ist von 11 448 MW im Jahr 2000 auf 30893 MW im Jahr 2006 gestiegen.

Und die Bundesregierung geht davon aus, dass hier noch eine Menge Wachstum möglich ist.



97
Samstag/Sonntag, 5./6. Mai 2000

„Kernenergie überwinden“

Der Berliner Oppositionsführer Friedbert Pflüger, CDU-Präsidiumsmitglied, kritisiert, dass die Union in ihrem Entwurf für ein Grundsatzprogramm auf Kernkraft setzt.

SZ: Im Entwurf heißt es, dass Deutschland auf „absehbare Zeit“ nicht auf Kernenergie verzichten kann. Warum sind Sie damit nicht einverstanden?

Pflüger: Ich bin grundsätzlich froh über die weitgehenden Ziele, die wir zum Klimaschutz in diesem Entwurf formuliert haben. Das ganze Grundsatzprogramm ist durchaus eindrucksvoll. Es ist auch gut, dass keine Forderungen nach neuen Kernkraftwerken darin zu finden sind. Aber ich bin mit den Passagen zu Kernkraft bisher nicht zufrieden. Ich warne davor, eine Formulierung zu benutzen, die den beschlossenen Ausstieg aus der Kernkraft in Frage stellt.

SZ: Warum?

Pflüger: Die Energieunternehmen haben einen Kompromiss mit der Bundesregierung zugestimmt. Das war zwar eine anders gefärbte Regierung. Aber deshalb sollten wir einen Schritt in die richtige Richtung nicht revidieren. Die Energiewirtschaft selbst hat das unterschrieben und sich längst darauf eingestellt. Warum um Himmels Willen sollen wir dieses Paket aufschneiden?

SZ: Vielleicht, weil die ehrgeizigen Klimaziele sonst nicht erreicht werden.

Pflüger: Um das zu erreichen, brauchen wir eine Art Mann-auf-dem-Mond-Projekt: Energiesparen, Energieeffizienz, CO₂-Abscheidung bei Kohle und Ausbau regenerativer Energien. Der dafür notwendige Innovationsschub wird gebremst, wenn wir jetzt wieder auf Kernenergie setzen. Dennoch: Man kann das Ultima Ratio über eine begrenzte Verlä



Friedbert Pflüger Foto: A...

SZ: Einige Ihrer Parteifreunde halten neue Kernkraftwerke für nötig.

Pflüger: Dagegen spricht viel. Denken Sie an die ungeklärte Endlagerung. Hinzu kommt das Problem der nuklearen Proliferation. Wir erleben doch in der Welt einen Run auf Nuklearwaffen, und fast überall beginnt der mit der friedlichen Kernenergie. Zudem müssen wir an die Gefahren des Terrorismus denken. Nichts wäre schrecklicher als ein Angriff von Terroristen auf einen nuklearen Reaktor in Europa. Hinzu kommt das Restrisiko von Unfällen bei alternden Reaktoren. Wir wären also schlecht beraten, darauf zu verzichten, die Kernenergie in absehbarer Zeit zu überwinden.

SZ: Sie stehen damit gegen große Teile Ihrer Partei.

Pflüger: Ich stehe aber nicht ganz allein, denken Sie etwa an den angesehenen früheren Umweltminister Klaus Töpfer. Ich werde versuchen, in der offenen Diskussion über das Grundsatzprogramm eine Änderung zu erreichen.

SZ: Welche Alternativen bieten Sie?

Pflüger: Ich habe hier in Berlin einen Gesprächskreis mit anerkannten führenden Vertretern der ökologischen Bewegung und Vertretern der Energiewirtschaft ins Leben gerufen. Wenn wir alle Kräfte bündeln und nicht falsche Fährten verfolgen, haben wir alle Chancen, die Energiewende zu meistern.

Interview: Jens Schneider